

Niederschrift

über die 26. Sitzung des Ausschusses für Straßen- und Hochbau, Vermessung und öffentlichen Personennahverkehr am Donnerstag, dem 23.05.2019 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

Anwesenheit:

**CDU-Kreistagsfraktion**

Bontrup, Martin  
Gochemann, Josef, Prof. Dr. Vertretung für  
Herrn Christoph Wäsker  
Klaus, Markus bis TOP 4  
Kummann, Norbert  
Pohlmann, Franz  
Schulze Esking, Werner  
Schulze Havixbeck, Hubert Vertretung für Herrn  
Heinrich Terwort  
Selhorst, Angelika Vertretung für Herrn Anton Holz  
Wenning, Thomas, Dr. Vertretung für Herrn Harald  
Koch  
Wessels, Wilhelm  
Wobbe, Ludger

**SPD-Kreistagsfraktion**

Bednarz, Waltraud Vors.  
Lonz, Lambert bis TOP 4  
Seiwert, Franz-Dieter  
Spiekermann-Blankertz, Michael bis TOP 4  
Vogt, Hermann-Josef

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion**

Dropmann, Wolfgang Vertretung für Herrn Stefan  
Kohaus  
Vogelpohl, Norbert Vertretung für Frau Uta Spräner

**UWG-Kreistagsfraktion**

Neumann, Michael Vertretung für Herrn Rüdiger  
Fichtner

**FAMILIE/DIE LINKE-Kreistagsfraktion**

Röken, Gernod, Dr.

**Verwaltung**

Dammers, Klaus  
Evers, Frank SF  
Gilbeau, Joachim L.  
Lechtenberg, Christian  
Mathias Raabe

**Gäste**

Henke, Martina (ZVM Bus)  
Fromberg, Andrea (Planungsbüro VIA)  
Lesch, Pia (Planersocietät)

Die Ausschussvorsitzende Waltraud Bednarz eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Straßen- und Hochbau, Vermessung und öffentlichen Personennahverkehr mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuhörer.

Sodann stellt die Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

#### Tagesordnung:

##### Öffentlicher Teil

- 1 Sachstandsbericht zum Radverkehrskonzept Kreis Coesfeld  
Vorlage: SV-9-1394
- 2 Sachstandsbericht zu kreiseigenen Hochbaumaßnahmen  
Vorlage: SV-9-1401
- 3 Antrag der FDP-Kreistagsfraktion zur (Solar-)Beleuchtung an Bushaltestellen im Außenbereich  
Vorlage: SV-9-1393
- 4 Neubau einer südwestlichen Entlastungsstraße K 8n für Olfen und Lüdinghausen-Seppenrade  
Abschluss des Linienabstimmungsverfahrens  
Vorlage: SV-9-1386
- 5 Baubeschluss zur Abwicklung der Brückenbaumaßnahme K 9 AN 4 zwischen Olfen und Ahsen  
Vorlage: SV-9-1387
- 6 Sachstandsbericht Straßenbaumaßnahmen 2016 - 2018  
Vorlage: SV-9-1388
- 7 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 8 Anfragen der Ausschussmitglieder

##### Nichtöffentlicher Teil

- 1 Grundsatzbeschluss Direktvergabe RVM - Vorabbekanntmachung  
Vorlage: SV-9-1398
- 2 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 3 Anfragen der Ausschussmitglieder

Mitteilungen im öffentlichen Teil sowie Mitteilungen und Anfragen im nichtöffentlichen Teil erfolgen nicht.

**TOP 1 öffentlicher Teil**

SV-9-1394

**Sachstandsbericht zum Radverkehrskonzept Kreis Coesfeld**

MA Raabe stellt einleitend kurz die Hintergründe und den bisherigen Entscheidungsprozess für die Erstellung des kreisweiten Radwegeverkehrskonzeptes dar.

Anschließend erläutern Frau Fromberg vom Planungsbüro VIA und Frau Lesch von der Planersocietät die Zwischenergebnisse anhand der als Anlage beigefügten Präsentation.

Ktabg. Wobbe macht darauf aufmerksam, dass ein Schlüsselproblem bei der Umsetzung darin liege, dass mehr Geld vom Land und Bund sowie EU-Mittel eingefordert werden müssen. Zurzeit dauert es nach seiner Ansicht viel zu lange bis von den Kommunen beantragte Maßnahmen tatsächlich finanziert und umgesetzt werden. Als Beispiel für die mangelhafte Finanzierungsregelung nennt Ktabg. Wobbe den Radweg an der K 39 in Ascheberg, wo die Gemeinde den zusätzlichen Kostenanteil für den Ausbau im Standard einer Veloroute (3 m Breite) alleine tragen müsse.

AL Dammers verweist darauf, dass der Fördertopf des Landes begrenzt ist, das Land aber grundsätzlich künftig eine erhöhte Förderung für Radwege anstrebt. Gegebenenfalls müsse das Land dazu gebracht werden, für diesen Zweck Mittel aus den erhöhten pauschalen Bundesmitteln umzuschichten. Auf Nachfrage des Ktabg. Dr. Gochermann bestätigt AL Dammers, dass hierfür das Verkehrsministerium zuständig ist.

Ktabg. Neumann plädiert dafür, die Informationen aus dem Zwischenbericht zunächst in Ruhe zu verarbeiten und anschließend gemeinsam mit den Kommunen in die Diskussion einzusteigen.

Ktabg. Vogelpohl hält die Finanzierung ebenfalls für einen wesentlichen Punkt. Selbst bei einer Verdoppelung der derzeitigen Beträge wären die Mittel aber nicht in einer wünschenswerten Höhe vorhanden. Eine Lösung wäre aus seiner Sicht die Umschichtung von Mitteln aus dem Straßenbau, die er angesichts der noch vorherrschenden Bevorzugung des PKW-Verkehrs derzeit nicht für realistisch halte. Deswegen sei es erforderlich, auch über eine Änderung des Finanzierungsschlüssels mit den beteiligten Kommunen nachzudenken.

Vors. Bednarz gibt zu bedenken, dass die Frage der Finanzierung nicht allein vorweggenommen werden darf, sondern zunächst geklärt werden muss, welche Maßnahmen überhaupt notwendig sind und umgesetzt werden sollen.

SB Spiekermann-Blankertz erkundigt sich zur Unfallstatistik (Folie 13 der Präsentation) danach, ob gesonderte Zahlen zu den Auswirkungen der verstärkten Pedelec-Nutzung vorliegen. Frau Fromberg entgegnet, dass es hierzu seit einigen Jahren Erhebungen gibt, die auch zur Verfügung gestellt werden können, allerdings aufgrund des vergleichsweise kurzen Erhebungszeitraumes bisher nur eine eingeschränkte Aussagekraft haben. In jedem Fall nehme der Pedelec-Verkehr weiter zu.

*Hinweis der Verwaltung:*

*Die Auswertung der Pedelec-Unfälle ist als Anlage beigefügt.*

Ktabg. Vogt hält die Erstellung des Radverkehrskonzeptes für eine dringend notwendige Maßnahme, die eine sehr gute Grundlage für die nachhaltige Attraktivitätssteigerung des

Radverkehrs darstelle. Über die Finanzierungsfragen müsse man in einem nächsten Schritt sprechen.

Ktabg. Wessels hält das Radverkehrskonzept ebenfalls für den richtigen Weg und sieht insbesondere auch die Bürgerbeteiligung sehr positiv. In diesem Zusammenhang möchte er wissen, ob die entsprechenden Rückmeldungen im Arbeitskreis mit den Kommunen diskutiert wurden.

Frau Fromberg antwortet, dass die im April durchgeführten Beteiligungen noch nicht ausgewertet wurden, die Ergebnisse den Kommunen aber nach Auswertung zugeschickt werden.

Ktabg. Dr. Wenning erkundigt sich nach der Vorgehensweise bei der Erstellung des Konzeptes. Nach seinem Verständnis habe man hier eine Idealkarte über das Radwegenetz gelegt und mit dem Ist-Zustand abgeglichen, was aus seiner Sicht eine etwas überraschende Vorgehensweise darstellt. Hierzu möchte er wissen, welche Kriterien für die Idealkarte zu Grunde gelegt wurden.

Frau Fromberg erläutert, dass im Münsterland bereits ein gut ausgebautes Radwegenetz von rund 800 km vorhanden ist, so dass im Rahmen des bestehenden Auftrages keine komplette Befahrung des Netzes vorgenommen werden konnte. Klare Zielsetzung bei dem Auftrag sei es gewesen, die Alltagsradwege in den Fokus zu nehmen, woraus sich zwangsläufig eine enge Verbindung zu den bestehenden klassifizierten Straßen ergibt. Das als Grundlage für die Angebotsplanung dienende Wunschliniennetz werde in enger Abstimmung mit den Kommunen zu regionalen Radwegeverbindungen konkretisiert.

Hinweis der Verwaltung:

*Ergänzende Informationen zur Netzplanung können dem als Anlage beigefügten Auszug aus dem erstellten Konzept entnommen werden.*

## **TOP 2 öffentlicher Teil**

SV-9-1401

### **Sachstandsbericht zu kreiseigenen Hochbaumaßnahmen**

KD Gilbeau berichtet zum Neubau des Kreishauses V, dass sich der Baufortschritt im Zeitplan befinde und das Gebäude voraussichtlich zum vorgesehenen Zeitpunkt im Sommer in Betrieb genommen werden könne. Hinsichtlich der Baukosten sei mit einer leichten Steigerung in Höhe von rund 100.000 € zu rechnen. Etwa die Hälfte davon sei auf den erhöhten Sicherheitsstandard für die Deckenkonstruktion zurückzuführen. Die andere Hälfte der Kostensteigerung resultiere im Wesentlichen aus der allgemeinen Preissteigerung im Baugewerbe, die durch die Lage auf dem Immobilienmarkt verursacht wird.

Auf Nachfrage des Ktabg. Vogelpohl zur Deckenkonstruktion erläutert KD Gilbeau, dass der Keller des Kreishauses V aufgrund aktueller Empfehlungen als potenzieller Schutzraum ausgebaut wird.

Ktabg. Schulze Eskinig bittet darum, Details der Bauausführung wie die Herstellung des Kellers in Schutzraumqualität möglichst frühzeitig einzuplanen, damit es zu keiner Kostensteigerung kommt. Er möchte wissen, ob die prognostizierte Kostensteigerung von 100.000 € durch Mittel aus dem kommunalen Investitionsprogramm gedeckt sei, was durch KD Gilbeau bestätigt wird.

Zum Umbau des Geschwister-Scholl-Schulgebäudes in Nottuln erläutert KD Gilbeau, dass auch hier ein guter Baufortschritt zu verzeichnen sei. Die Schadstoffsanierung sei ebenso wie der Austausch beinahe sämtlicher Fenster abgeschlossen. Eine leichte Verzögerung ergebe sich bei den Verputzarbeiten aufgrund der Wetterbedingungen. Zurzeit gehe man aber noch von einem fristgerechten Fertigstellungstermin aus. Zur Kostenentwicklung fehlen derzeit noch die aktuellen Zahlen des Architekten. Diese Informationen werden dem Protokoll beigefügt.

Hinweis der Verwaltung:

*Nach der aktuellen Kostenfortschreibung ist zurzeit lediglich mit einer marginalen Steigerung in Höhe von 0,52 % gegenüber der Kostenplanung zu rechnen. Die Kostenschwankungen lassen sich dabei im Wesentlichen auf konjunkturelle Mehrkosten in Einzelgewerken (z. B. Trockenbau, Rohbau) und Massenerhöhungen zurückführen, die teilweise durch Minderkosten in Ausbaugewerken (z. B. Heizungs- und Sanitärinstallationen) aufgefangen werden können. Zurzeit ist allerdings noch nicht absehbar, ob diese Kostenentwicklung sich bis zur Abrechnung so fortführen wird, da zum Teil nicht eingeplante Anforderungen erfüllt werden müssen (z. B. zusätzlicher Gründungsaufwand für die Unterfahrt der Fördertechnik).*

Es wird vereinbart, das Schulgebäude nach Fertigstellung im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung von Schul- und Bauausschuss zu besichtigen.

Zu den Rettungswachen führt KD Gilbeau aus, dass mit dem Bau der Rettungswache in Ascheberg begonnen wurde und in Billerbeck ein geeignetes Grundstück für den Neubau erworben werden konnte. In Nottuln läuft derzeit das bauplanungsrechtliche Verfahren parallel zu den Verhandlungen für den Grundstückserwerb. In Dülmen und Lüdinghausen laufen ebenfalls Gespräche unter Beteiligung der Stadtverwaltungen, so dass man sich insgesamt auf einem guten Weg befindet, die Anforderungen des Rettungsbedarfsplanes zu erfüllen.

### **TOP 3 öffentlicher Teil**

SV-9-1393

#### **Antrag der FDP-Kreistagsfraktion zur (Solar-)Beleuchtung an Bushaltestellen im Außenbereich**

Vors. Bednarz verweist auf die Ausführungen in der Sitzungsvorlage und teilt mit, dass Frau Henke, ZVM Fachbereich Bus, für Fragen zur Verfügung steht.

Ktabg. Bontrup erwähnt lobend, dass in einer Bushaltestelle in der Nähe seines Wohnortes ein Solarlicht angebracht worden sei und fragt, ob es hierfür bereits ein Programm zur Bestückung vom Haltestellen gebe. Lt. Frau Henke wurde dieses nicht von der RVM installiert.

Ktabg. Wessels ergänzt, dass von der Stadt Dülmen einige wenige Bushaltestellen mit Solarleuchten bestückt worden seien.

Ktabg. Vogt mahnt, dass man sich noch nicht mit Detailfragen befassen könne, bevor es nicht ein einheitliches Konzept gebe. Man müsse überlegen, was man aus den von Frau Henke zusammengetragenen Erkenntnissen mache.

KD Gilbeau weist darauf hin, dass man – was auch TOP 1 dieser Sitzung zeige – dem Thema Mobilität positiv gegenüberstehe. Zunächst habe man zu den im FDP-Antrag gestellten Fragen lediglich Stellung genommen. Er halte es ebenfalls für wichtig, dass nun ein Konzept im Unterausschuss ÖPNV vorberaten und entwickelt werde. Dies solle der ZVM Bus vorantreiben.

Frau Henke erläutert, dass grundsätzlich der NWL Ansprechpartner für eine Förderung von Haltestellenbeleuchtungen sei. Auf Nachfrage wurde von dort erklärt, dass eine Förderung von bis zu 90% möglich sei. Bisher seien aber entsprechende Anträge nicht gestellt worden. Die Masten, so Frau Henke, gehören den Verkehrsunternehmen. Einfacher wäre es, wenn dies alles in einer Hand läge.

Ktabg. Vogelpohl sieht eine Qualitätssteigerung des ÖPNV durch beleuchtete Haltestellen. Wichtig seien aber auch und insbesondere gute Unterstellmöglichkeiten.

Ktabg. Dr. Wenning erklärt, wie zuvor Ktabg. Vogt, dass man sich noch nicht zu sehr in Details verlieren dürfe. Es müsse ein Konzept entwickelt und insbesondere auch die Bürgermeisterkonferenz mit ins Boot geholt werden.

Ausschussvorsitzende Bednarz fasst die geäußerten Meinungen zusammen und stellt fest, dass sie alle in dieselbe Richtung gehen. Es besteht Einigkeit, dass das Thema weiter durch den ZVM Bus und den Unterausschuss ÖPNV vorangetrieben werden soll. Auf eine förmliche Beschlussfassung hierüber wird verzichtet.

#### **TOP 4 öffentlicher Teil**

SV-9-1386

#### **Neubau einer südwestlichen Entlastungsstraße K 8n für Olfen und Lüdinghausen-Seppenrade Abschluss des Linienabstimmungsverfahrens**

KD Gilbeau führt einleitend aus, dass mit dem Beschlussvorschlag erreicht werden soll, die umfangreichen Arbeiten für die Linienabstimmung zum Abschluss zu bringen und eine gute Arbeitsgrundlage für den Fall vorzuhalten, dass das Verfahren in der Zukunft aufgrund neuer Erkenntnisse und politischer Beschlüsse wieder aufgegriffen wird.

SB Spiekermann-Blankertz erklärt, dass der Beschluss seitens der SPD-Fraktion mitgetragen werde. Es sei vor allem mit Blick auf die Interessen der Seppenrader Bürger sehr bedauerlich, dass das Planungsverfahren zum jetzigen Zeitpunkt nicht weiterverfolgt werden kann.

Ktabg. Vogelpohl möchte wissen, welche Kosten insgesamt und seit dem 10.07.2018 (dem Tag des ablehnenden Ratsbeschlusses der Stadt Olfen) für das Projekt angefallen sind sowie ob für die Planung Fördergelder in Anspruch genommen wurden.

KD Gilbeau erklärt, dass insgesamt Kosten in Höhe von etwa 200.000 € entstanden sind, die zu 50 % vom Kreis und zu jeweils 25 % von den Städten Lüdinghausen und Olfen getragen werden. Fördergelder wurden nicht in Anspruch genommen. Genauere Angaben zu den ab dem 10.07.2018 entstandenen Kosten werden dem Protokoll beigelegt.

Hinweis der Verwaltung:

*Nach dem 10.07.2018 wurden noch Leistungen in einem Umfang von rund 7.700 € beauftragt, um das Linienabstimmungsverfahren zu einem Abschluss zu bringen.*

Ktabg. Vogt verweist auf die vielen Diskussionen, die zu diesem Projekt in den verschiedenen Gremien geführt wurden, und sieht das Ergebnis insbesondere für Lüdinghausen nicht als positiv an. Es sei aber richtig und wichtig, das Verfahren zu einem Abschluss zu bringen, um eine Grundlage für eventuelle spätere Planungen zu haben. Nichtsdestotrotz werde insbesondere die Finanzierung zu einem späteren Zeitpunkt immer schwieriger werden.

Ktabg. Pohlmann bedauert ebenfalls, dass die Maßnahme zum jetzigen Zeitpunkt nicht umgesetzt werden kann, plädiert aber dafür, die in Olfen mehrheitlich herrschenden anderslautenden Auffassungen und die daraus resultierenden Entscheidungen zu respektieren.

Ktabg. Vogelpohl verweist darauf, dass sich die Prognosen für die Verkehrsbelastung nicht so entwickelt hätten, wie dies ursprünglich vermutet worden war, und somit kein Bedarf für die Entlastungsstraße gegeben sei. Er beantragt für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, den 2. Satz des Beschlussvorschlages wie folgt zu ändern: „Das Planungsverfahren soll nicht weiterverfolgt werden.“

KD Gilbeau entgegnet, dass diese Änderung aus Sicht der Verwaltung nicht für sinnvoll gehalten werde.

Ktabg. Schulze Esking ist der Auffassung, dass die Option eine Fortführung des Verfahrens zu einem späteren Zeitpunkt offengehalten werden müsse. Er spricht sich insofern für den unveränderten Beschlussvorschlag aus.

Ktabg. Vogelpohl ergänzt, dass er keinen Zusammenhang sehe zwischen dem vorhandenen Sanierungsbedarf der alten Trasse und der Notwendigkeit einer neuen Trasse.

KD Gilbeau erläutert hierzu, dass eine Überforderung der Brücke eintreten werden, sofern der Verkehr weiter zunimmt. Es gehe daher jetzt darum, die Reaktionsfähigkeit für die Zukunft zu erhalten.

Vors. Bednarz lässt sodann getrennt über den 1. Satz des Beschlussvorschlages, über die vom Ktabg. Vogelpohl beantragte Änderung des 2. Satzes des Beschlussvorschlages sowie über die ursprüngliche Fassung des 2. Satzes des Beschlussvorschlages abstimmen.

Der 1. Satz des Beschlussvorschlages wird mit 19 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Der 2. Satz des Beschlussvorschlages in der vom Ktabg. Vogelpohl beantragten Fassung wird mit 18 Nein-Stimmen bei 2 Ja-Stimmen abgelehnt. Der 2. Satz des Beschlussvorschlages in der ursprünglichen Fassung wird mit 18 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen angenommen.

**Beschluss:**

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten:

Das Linienabstimmungsverfahren zur K 8 n soll mit der Variante 1 abgeschlossen werden.

Das Planungsverfahren soll zunächst nicht weiterverfolgt und bis auf weiteres zurückgestellt werden.

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:       18 Ja-Stimmen  
  2 Nein-Stimmen

## **TOP 5 öffentlicher Teil**

SV-9-1387

### **Baubeschluss zur Abwicklung der Brückenbaumaßnahme K 9 AN 4 zwischen Olfen und Ahsen**

AL Dammers erläutert, dass man sich hinsichtlich der geplanten Ortsumgehung Ahsen darauf verständigt habe, hierfür einen gesonderten 2. Bauabschnitt zu bilden, um die Brückenerneuerung so zeitnah wie möglich umsetzen zu können. Er stellt die in der Anlage zur Sitzungsvorlage aufgeführten unterschiedlichen Szenarien dar und beschreibt die von der Verwaltung vorgeschlagene Neubauvariante.

Ktabg. Vogt erkundigt sich hinsichtlich des geplanten Radweglückenschlusses, ob der Radweg in einer Breite von 3 m hergestellt wird und auf Recklinghauser Gebiet eine Weiterführung des Radweges geplant ist.

AL Dammers antwortet, dass der geplante Radweglückenschluss in der Standardbreite von 2,50 m vorgesehen sei und im Bereich der Brücke etwas breiter ausgeführt werde. Die Fortführung des Radweges sei vom Kreis Recklinghausen signalisiert worden und werde vermutlich im Rahmen der Ortsumgehung realisiert.

### **Beschluss:**

Dem Kreisausschuss wird folgender Beschlussvorschlag unterbreitet:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen für die Erneuerung der Brücke im Zuge der K 9 (Abschnitt 4) über die Lippe zwischen Olfen und Ahsen zu veranlassen.

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:       einstimmig

## **TOP 6 öffentlicher Teil**

SV-9-1388

### **Sachstandsbericht Straßenbaumaßnahmen 2016 - 2018**

Der Sachstandsbericht zu den Straßenbaumaßnahmen wird ohne Wortmeldungen der Ausschussmitglieder zur Kenntnis genommen.

**TOP 8 öffentlicher Teil****Anfragen der Ausschussmitglieder**

Ktabg. Kumann erkundigt sich danach, wann der Radweglückenschluss an der K 13 Abschnitt 17 in der Ortsdurchfahrt Darup umgesetzt wird. AL Dammers erläutert hierzu, dass es Probleme gebe, sich mit dem betroffenen Grundstückseigentümer zu einigen. Sobald die Zustimmung vorliegt, könne mit der Maßnahme begonnen werden.

Auf Nachfrage des Ktabg. Kumann zum Baubeginn der Maßnahme an der K 57 in Karthaus erklärt AL Dammers, dass dieser für den 03.06.2019 vorgesehen sei.

Ktabg. Vogt spricht die Veränderungen durch die geplante Neustrukturierung des Zweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe an und möchte wissen, wie die diesbezügliche weitere Vorgehensweise in den Gremien aussieht.

KD Gilbeau entgegnet, dass diese Angelegenheit in der nächsten Kreisausschusssitzung beraten und zusätzlich im Vorfeld noch in einer Sitzung des Unterausschusses ÖPNV behandelt wird.